

KURZINFO ZUR GF-LAVOSITZUNG AM 01.07. UND DEM KREISSPRECHERINNENTREFFEN AM 02.07.2011 IN BOCHUM

AKTUELLE POLITISCHE LAGE

Der neu durch die Bundestagsfraktion verabschiedete Antrag hat die öffentliche Diskussion zum Antisemitismus eher zugespitzt und die Lagerbildung verschärft. Bei der ganzen Diskussion sind Inhalte missbraucht worden, um Machtkämpfe auszutragen.

Wichtige Themen wie die Entwicklung in Griechenland, wo durch Kürzungen die Existenzgrundlage den Menschen entzogen wird, rücken durch die unnötige Diskussion über Antisemitismus in den Hintergrund. Solidaritätsaktionen durch DIE LINKE mit den Menschen, die in Griechenland durch die Staatsmacht wie in einem Krieg bekämpft werden, sind absolut notwendig.

Aufgrund der Antisemitismus-Diskussion ebenfalls kaum wahrgenommen wurde die ablehnende Haltung unserer Partei zum Atom-Konsens von Bundesregierung, SPD und Grünen mit den Konzernen. Dabei ist DIE LINKE, die einzige parlamentarische Partei, die die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung zur sofortigen Abschaltung der AKW teilt und die Zerschlagung der Energiekonzerne und Dezentralisierung der Energieversorgung unter demokratischer Kontrolle der Gesellschaft fordert. Nicht nur die Katastrophe in Fukushima sondern auch das nachhaltige Engagement der Anti-AKW-Bewegung hat dazu geführt, dass die AKW abgeschaltet werden. Ein endgültiger Ausstieg wird erst durch die Aufnahme in das Grundgesetz gesichert sein.

Die Landtagsfraktion der LINKEN in NRW hat in der Abstimmung zur WestLB unbeirrt an der Ablehnung der Restrukturierungspläne, die auf Kosten der öffentlichen Haushalte gehen, festgehalten. Das ist ein starkes Signal – auch im Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen. Die im Haushalt festgelegte globale Minderausgabe führt jetzt zu Sozialkürzungen. Der Finanzminister hat eine globale Minderausgabe über alle freiwilligen Leistungen des Landes verfügt. Danach sollen Mittel aus den Landesförderprogrammen, die im Landshaushalt noch beschlossen worden sind, vorläufig nur zu 75 Prozent ausgezahlt werden. Diese Vorgabe gilt für alle Ressorts. Die Auswirkungen müssen durch den Landesvorstand und die Landtagsfraktion jetzt besser öffentlich (Flyer, Plakate, Broschüren) kommuniziert werden. Der Druck zur Haushaltskonsolidierung durch CDU und FDP auf die Minderheitsregierung wird sichtbar und spürbar größer. Die Positionen der LINKEN bei wichtigen Themen wie Kita und WestLB müssen stärker herausgestellt werden. Erste Schritte sind eingeleitet.

STRATEGIEKONFERENZ

Bei der Strategiekonferenz am 9. Juli 2011 ist die Konzentration auf vorgesehene inhaltliche Themen für einen erfolgreichen Verlauf notwendig. Diskussionen dürfen nicht auf Nebenschauplätze verlagert werden. Der Strategietextentwurf des Landesvorstandes für die Strategiekonferenz ist beim KreissprecherInnentreffen breit diskutiert worden und entspricht nach Ansicht der KreissprecherInnen in weiten Teilen der derzeitigen Situation in der Partei. Nach den vergangenen Wahlen braucht es neue Projekte, ein klares Rollenverständnis und eine Orientierung auf allen Ebenen in der Partei. Vor allem muss abgeklärt werden, wo DIE LINKE hin möchte. Die Rolle der LINKEN auf der parlamentarischen Ebene und in den außerparlamentarischen Bewegungen müssen in ein gesundes Verhältnis zueinander gebracht werden. Wichtige politische Entscheidungen werden durch die Basis getroffen.

HAUSHALTSPLAN LANDESVERBAND

Der Landesrat hat wie schon bekannt, den Haushaltsplan des Landesverbandes mit der Maßgabe, eine hauptamtliche Stelle für die/den LandesgeschäftsführerIn einzurechnen, zurückgewiesen. Die Landesschatzmeisterin hat verschiedene Modelle zur Erhöhung der Beiträge und zu einem neuen Umschichten von Mitgliedsbeiträgen zwischen Kreisverbänden und Landesverband vorgestellt. Nach einer solidarischen Diskussion war die Mehrheit der KreissprecherInnen und KreisschatzmeisterInnen der Auffassung, dass eine Satzungsänderung zur Aufteilung der Beiträge zwischen Landesverband und Kreisverbänden die beste Lösung sei, allerdings zeitlich befristet und gekoppelt mit einer Kampagne zur Beitragserhöhung. Allerdings wird die Umsetzung zum Teil kritisch gesehen. Eine durch die Landesschatzmeisterin vorgestellte Kampagne zur Beitragsehrlichkeit wird positiv aufgenommen. 14 GenossInnen meldeten sich, um ihren Beitrag bereits vor Ort zu erhöhen.

BILDUNGSARBEIT

Gerd Steingötter und Dieter Keller haben die Angebote zur internen Bildungsarbeit auf dem KreissprecherInnentreffen vorgestellt. Inhaltliche und organisatorische Bildungsseminare sind nach Ansicht der Kreisverbände gefragt und notwendig. Bildungsangebote sind für Vorstandsarbeit, Pressearbeit und organisatorische Aufgaben erforderlich. Bildungsangebote sind zum Teil in den Kreisverbänden nicht bekannt und müssen besser kommuniziert und transportiert werden. Bisher ist das Interesse an den angebotenen Seminaren eher mäßig. Alle Beteiligten möchten in der Verbreitung und breiten Wahrnehmung der Angebote eng zusammenarbeiten. Die Bildungsbausteine werden noch ausgebaut. Eine sinnvolle Vernetzung der Bildungsträgerinnen wird angestrebt.

PROGRAMMDEBATTE

Parallel zum KreissprecherInnentreffen hat der Parteivorstand den endgültigen Programmentwurf, der auf dem Bundesparteitag im Oktober in Erfurt zur Diskussion steht, verabschiedet. Die Landes- und Kreisverbände müssen jetzt bei der Einbringung von Änderungsanträgen tätig werden und Widersprüche im Programmentwurf aufdecken und Alternativen vorschlagen. Die Fristen bis zum Programmparteitag sind aufgrund der Sommerferien eng bemessen.